

TTIP ist ein Hindernis für die Energiewende

Die mediale Aufregung um die Enthüllungen der geheimen TTIP-Verhandlungsdokumente ist groß. Zugleich ist sie aber immer noch geprägt von einem reduzierten Blickwinkel, der das geplante Freihandelsabkommen als eine Frage des fairen Ausgleichs zwischen den Exportkontingenten einiger ausgewählter Branchen darstellt. Natürlich will die US-Agrarindustrie mehr in die EU exportieren, natürlich auch jede Menge Genfood. Und selbstredend wollen Europas Auto- und Maschinenbauer noch mehr vom großen amerikanischen Markt abknapsen. Aber sind damit tatsächlich alle Themen und Branchen angesprochen? Wie der Abbau von Zöllen, Steuern oder anderen Belastungen wirken und was davon alles betroffen sein wird, scheint noch ziemlich unüberschaubar.

Nicht im Vordergrund, aber alles andere als unwichtig, ist das in der TTIP-Diskussion minderbelichtete Thema der Energie. Und das in einer Situation, in der die USA im letzten Jahrzehnt zum größten Erdöl- und Erdgasproduzenten aufgestiegen sind und seit dem Regierungsantritt von Georg W. Bush im Dezember 2000 bis zur heutigen Obama-Administration so ziemlich alle Hemmnisse beim unkonventionellen Öl- und Erdgasabbau, dem sogenannten **Fracking**, beseitigt haben. Immerhin bekannt ist hierzulande, dass im Meer vor Alaska gebohrt werden darf und dass der **Grundwasserschutz gegenüber der fossilen Energieförderung den Kürzeren gezogen hat**. Die USA schicken sich an, den europäischen Markt mit gefracktem Erdgas beliefern oder gar erobern zu wollen, und scheinen darauf zu bestehen, dass dies nicht nur in TTIP abgesichert wird, sondern auch verknüpft wird mit dem Schutz der getätigten Investitionen. Das klingt dann recht lapidar: „...the US kept insisting that the export of natural gas to the EU could be linked with the EU's commitments and reservations in the Services and Investment chapter.“ Aus den geleakten Dokumenten geht hervor, dass man sich darüber noch nicht einig sei, aber die Frage sei erlaubt, **ob die großen internationalen Ölkonzerne, die sogenannten IOC, damit einen Zugriff auf europäische Wasserschutzbestimmungen etc.** bekommen könnten. Oder, falls sie nicht fracken, Entschädigung kassieren dürfen.

Immerhin hatte im April 2016 der erste LNG-Gastanker seine Ladung in Europa gelöscht. Aber es geht tatsächlich um mehr als Exporte von Liquefied Natural Gas (LNG). Dahinter verbirgt sich eine Umstrukturierung der Machtpolitik des amerikanischen Imperiums, die in einzelnen Bruchstücken der europäischen Öffentlichkeit durchaus bewusst geworden ist. Die USA zieht sich einerseits aus kriegerischen Konflikten zurück, siehe Irak oder Afghanistan, verschärft andererseits den Druck etwa auf Russland. Im Kampf um den europäischen Gasmarkt sehen die USA in Russland auch einen wirtschaftlichen Konkurrenten.

Im Frühjahr 2015 hat Barack Obama die mit dem Fracking verbundene Energiepolitik zum Anliegen der Nationalen Sicherheit erklärt. Die strategische Bedeutung der Versorgungssicherheit ist zwar seit Jahrzehnten ein Topthema amerikanischer Politik, zeigt aber aktuell, wie dies die Voraussetzung dafür bildet, dass innerhalb weniger Monate die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine höhere Energieförderung innerhalb der USA geschaffen werden konnten. **Erdöl und Erdgas sind noch immer die Grundlage amerikanischer Wirtschafts- und Militärmacht und die Verbindung zwischen den großen US-Energiekonzernen und der Regierung bleiben eng**. Kritiker sehen dieses Verhältnis eher so, dass die jeweilige Administration die Vorstellungen der Energiemultis umsetzt.

Auch wenn die Verhandlungen um TTIP noch längst nicht zu einem Ergebnis gekommen sind und, wie manche Beobachter sagen, im Jahr 2016 wohl kaum zu einem Abschluss kommen werden, scheint die Energiepolitik der Bundesregierung sich längst der amerikanischen angenähert zu haben. Es ist zu kurz gegriffen, wenn man in Wirtschaftsminister Gabriel lediglich einen Verbündeten der vier großen Stromkonzerne sieht. Die Renaissance vor allem der unkonventionellen Erdgasförderung, in die Konzerne wie Exxon längst eingestiegen sind, wird nicht am aktuell niedrigen Ölpreisen scheitern. Sie ist strategisch ausgerichtet und läutet eine Umordnung der westlichen Politik unter Führung der Supermacht USA ein. Nachdem die Globalisierung in Unordnung geraten ist, manche sehen darin auch ein Scheitern, erhalten die wirtschaftlichen Beziehungen der traditionellen Industriestaaten eine neue Bedeutung. Und mit ihnen auch die fossilen Brennstoffe. Die auf Tiefststände gedrückten Ölpreise werden wieder steigen, davon kann und sollte man ausgehen.

Welchen Platz hat in diesem Szenario die Energiewende? Aus Sicht der Regierungen beiderseits des Atlantiks wohl nur einen am Rande. Die Klimakonferenz von Paris, die Tinte unter den Verträgen ist seit ein paar Tagen ja getrocknet, bildet nur einen der sympathischen Publikumsaufreger, der mit der realen Politik wenig zu tun hat. Den Klimawandel wird TTIP nicht aufhalten, ganz im Gegenteil. Transatlantisches Wirtschaftswachstum und Renaissance der Fossilen werden die Menge der Treibhausgase wachsen lassen. Und das trotz der Parole von der Energieeffizienz, die inzwischen als erklärte Regierungspolitik zu bewundern ist und die nun ganz offiziell vor der Entwicklung der Erneuerbaren rangiert. Auch dies eine Annäherung an das amerikanische Vorbild, denn die Energieeffizienz haben Obamas Politstrategen ausgerufen und nicht Merkel, Gabriel oder Altmaier. Das macht das Streben nach Solarenergie nicht weniger wertvoll, im Gegenteil. Klarheit sollte allerdings darüber herrschen, dass die Ablehnung von TTIP und der Kampf für die Energiewende zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.